

# AD HOC NEWS

13.11.2009 | 19:05 Uhr

## **Regierungspräsidium - Naturschützer fordern Rücktritt von Landesdirektionschef Noltze**

Das damalige Regierungspräsidium sei bereits 2003 auf die Nichtgenehmigungsfähigkeit der Straße über das Flöhatal bei Falkenau aufmerksam gemacht worden 2006 habe sich der Naturschutzverband Freiberg direkt an Noltze gewandt und auf die Schutzwürdigkeit des Auenbiotops verwiesen Die beabsichtigte Querung befinde sich in einem Flora-Fauna-Habitat-Gebiet. Sächsische Naturschutzverbände fordern den Rücktritt des Chemnitzer Landesdirektionspräsidenten Karl Noltze. Noltze sei verantwortlich für das planerische Debakel um die Ortsumgehung Flöha, heißt es in einer am Freitag von BUND, Grüner Liga und Naturschutzverband Sachsen in Chemnitz verbreiteten Erklärung. Das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig habe in dieser Woche deutlich gemacht, dass es keine rechtliche Grundlage für die Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses der Landesdirektion gebe.

Das damalige Regierungspräsidium sei bereits 2003 auf die Nichtgenehmigungsfähigkeit der Straße über das Flöhatal bei Falkenau aufmerksam gemacht worden. 2006 habe sich der Naturschutzverband Freiberg direkt an Noltze gewandt und auf die Schutzwürdigkeit des Auenbiotops verwiesen. Die beabsichtigte Querung befinde sich in einem Flora-Fauna-Habitat-Gebiet. Trotzdem habe die Behörde 2007 den Planfeststellungsbeschluss gefasst.

Der vom Gericht vorgeschlagene Vergleich ermögliche «einen gesichtswahrenden Rückzug des Vorhabens für den Freistaat Sachsen aus der Flöhaaue bei Falkenau», heißt es. Zum Zeitverzug komme jetzt noch eine neue Planung hinzu. Die Konsequenzen müsse der Steuerzahler tragen.

Die Stadt Flöha ist stark vom Zubringerverkehr für das mittlere Erzgebirge belastet. Gegen den im vorigen Jahr begonnenen Bau der Ortsumgehung der B 173 hatten mehrere Naturschutzverbände geklagt. Das Gericht hat einen Vergleich vorgeschlagen, wonach rund zwei Drittel der Trasse wie geplant gebaut werden können. Für die Flöhaquerung soll nach einer neuen Lösung gesucht werden. Die beteiligten Parteien können bis zum 25. November widersprechen.

(bund-sachsen.de)

ddp/cga/kos